

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/132

16. Juli 1974

Steuerreform kontra Gießkannenprinzip

Die Union will die gerechtere Verteilung der Steuerlast verhindern

Von Eugen Glombig MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagafraktion

Seite 1 und 2 / 84 Zeilen

Aktiver Umweltschutz am Straßenrand

Beseitigung von Autowracks kein Problem mehr

Von Willi Bäuerle MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

Miteinander reden muß man schon

Gewerkschaftliche Ostpolitik - nützlich oder sinnlos?

Seite 5 / 39 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 125 403
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kahnstr. 10 - 112 T. (0228) 271 211

Steuerreform kontra Gießkannenprinzip

Die Union will die gerechtere Verteilung der Steuerlast verhindern

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

In der Steuerreform geht es notwendigerweise zunächst einmal technisch zu. Das Steuerrecht bedient sich einer Fachsprache, wie es auch in anderen juristischen Bereichen üblich und angebracht ist. Aber die Steuerreform selber ist kein technischer Prozeß, der abzuwickeln wäre, sondern ein praktisches Stück Sozialpolitik für den Arbeitnehmer, den Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, für die Familien mit Kindern, den Alleinstehenden mit Kindern, den Körperbehinderten und für den älteren Berufstätigen.

Die Steuerreform der sozial-liberalen Koalition führt zu einer gerechteren Verteilung der Steuerlast. Wer allerdings zu den Spitzenverdienern zu rechnen ist, der ist mit dem Rezept der CDU/CSU-Opposition besser bedient: Eine allgemeine Steuerentlastung nach dem Gießkannenprinzip, das sich die CDU/CSU inzwischen patentieren lassen kann, führt zu einer progressiven Begünstigung nach dem Motto: "Wer hat, dem wird gegeben". Was die Opposition in letzter Zeit veranstaltet, hat mit Steuerreform nichts zu tun, und mit sozialgerechter Gestaltung des Steuerrechts überhaupt nichts. Was die CDU/CSU will, ist die Fest- und Fortschreibung des ungerechten Steuersystems, übrigens ohne jeden Mangel an Bescheidenheit, denn die Opposition will vier Milliarden DM zusätzlich verteilen, ohne auch nur anzudeuten, wie sie sich die Finanzierbarkeit vorstellt.

Nach dem Steuerreformkonzept der Koalition erhalten Alleinstehende mit Kindern (unabhängig vom Familienstand) einen besonderen Freibetrag von 3.000 DM (bisher 1.200 DM). Dieser schutzbedürftige Personenkreis wird also steuerlich Ehepaaren mit einem Einkommen von nicht mehr als 32.000 DM jährlich gleichgestellt. Diese Regelung ist notwendig, weil Alleinstehende mit Kindern Belastungen ausgesetzt sind, die denen von Familien weitgehend gleichen. Die sozial-liberale Koalition bezieht die sogenannten Halbfamilien in die Steuerreform ein, die Opposition hat sie bei ihren Rezepten schlichtweg "vergessen". Daß das kein Zufall, sondern Prinzip ist, läßt sich an Hand von zahlreichen weiteren Beispielen belegen.

Der Bundestag hat beschlossen, die Pauschbeträge für Körperbehinderte um mehr als 40 vH. zu erhöhen, sie sollen je nach dem Grad der Erwerbsminderung auf 600 DM bis 2.760 DM angehoben werden, für Blinde und dauernd Pflegebedürftige sogar auf 7.200 DM. Die Opposition hat bei ihren Vor-

schlagen nicht an die Behinderten gedacht. Das Koalitionsmodell sieht ferner eine Anhebung des steuerfreien Teils der Versorgungsbezüge um 60 bis 100 vH. vor - die CDU/CSU hat auch hier nichts zu bieten.

Nach unserem Steuerreformkonzept wird ein Altersentlastungsbetrag eingeführt. Wer älter als 65 Jahre ist, erhält für das, was er sich hinzuverdient, einen zusätzlichen Freibetrag von 40 vH., im Maximum 3.000 DM. Davon profitieren z.B. die Rentner, die dem Arbeitsleben verbunden bleiben wollen. Die Opposition hat auch hier nichts entgegenzusetzen.

Das Kernstück der Steuerreform ist das Kindergeld. Die CDU/CSU hat in diesem Bereich unsere Vorstellungen vollständig übernommen, mehr als Imitation ist nicht herausgekommen; sie hat also in kürzester Zeit eine resante Kehrtwendung vollzogen. Vor einigen Wochen las man es noch ganz anders; die Union hatte sogar verfassungsrechtliche Skrupel. Gleiches Kindergeld für alle ist nach neuester CDU/CSU-Masche plötzlich die richtige Lösung. Wir erinnern uns noch an den Vorwurf der "ideologischen Gleichmacherei" - wie schnell sich doch die Zeiten ändern! Wir waren allerdings schon immer der Auffassung, daß die aus dem Unterhalt und der Erziehung von Kindern entstehenden Lasten von einem Sozialstaat gleichmäßig mitgetragen werden müssen.

Der Arbeitnehmerfreibetrag wird, dem Willen des Bundestages entsprechend, von 240 DM auf 600 DM erhöht und gleichmäßig mit 22 vH. von der Steuer abgezogen. Die Opposition will dem Arbeitnehmer 480 DM zubilligen und die alte Freibetragsregelung belassen, damit der, der viel an Einkommen hat, auch viel davon habe. Das ist auch das Oppositionskonzept für den Steuertarif. Auf die Anhebung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 56 vH. soll verzichtet werden, was in Wahrheit einer Steuersenkung für Spitzenverdiener gleichkommt, weil ja die Ergänzungsabgabe wegfällt. Auch beim Sparerfreibetrag will die Opposition Großzügigkeit walten lassen.

Die CDU/CSU-Opposition will keine Steuerreform, keine gerechtere Verteilung der Steuerlast, sondern eine allgemeine Entlastung nach dem Gießkannenprinzip. Mit der Verschleppungstrategie will sie die Steuerreform verhindern. Auch die Vorsorgeaufwendungen (Sozialversicherungs-, Lebensversicherungs-, Krankenversicherungs- und Bausparbeiträge) müssen dazu erhalten. Diese Aufwendungen sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen, die Opposition will dennoch an der alten Regelung festhalten.

Die Steuerreform muß finanzierbar und auf einem sozialpolitischen Konzept aufgebaut sein. Die Opposition hat bewiesen, daß sie diese Qualitätsanforderungen nicht anerkennt. Dem Rezept der CDU/CSU fehlen vier Milliarden DM an der Durchführbarkeit, das heißt: Nicht knapp verfehlt, sondern am Ziel vorbeigeschossen. Und: Wesentliche sozialpolitische Ziele werden außer Acht gelassen, nicht einmal Erinnerungsposten sind geblieben. Eine Steuerentlastung ist eben noch keine Steuerreform. (-/16.7.1974/ks/pr)

+ + +

Aktiver Umweltschutz am Straßenrand

Beseitigung von Autowracks kein Problem mehr

Von Willi Buerle MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Aktiver Umweltschutz auch am Straßenrand: Die Beseitigung der - zunehmenden - Autowracks ist in der Bundesrepublik längst kein Problem mehr. "Machbare" Zielvorstellungen, bereits 1971 im Umweltprogramm entwickelt, haben sich nicht nur für die autofahrenden Arbeitnehmer und die einschlägigen Industrie-Branchen bewährt; sie haben sich zugleich für weiteste Kreise der Ökologie und Ökonomie vorteilhaft ausgewirkt und damit der Gesamtbevölkerung genutzt.

Damit ist ein weiterer wesentlicher Punkt sozialdemokratischer Reformpolitik auf dem innenpolitischen Sektor verwirklicht worden: Durch kaum beachtete europäische Initiativen der Bundesregierung konnte verhindert werden, daß eine allgemeine Abwrackgebühr - mit dem damit verbundenen Verwaltungsaufwand - zur Beseitigung schrottreifer Autos und alter Autoreifen erhoben wird.

Denn: Die Schrottpreise ermöglichen eine kostendeckende Beseitigung der Wracks, da die Bundesregierung durch das von ihr erreichte generelle Aussetzungslimit, Schrott in Drittländer zu exportieren, einem Verfall der Schrottpreise innerhalb der EG vorgebeugt hat. Flankierende Maßnahmen haben diesen Sektor der Umweltpolitik, der sich steigender Beachtung erfreuen wird, innenpolitisch abgesichert. Nach übereinstimmenden Feststellungen von Bundesregierung und Bundesländern haben sich die Vorschriften des Abfallbeseitigungsgesetzes auch hinsichtlich der Beseitigung und Wiederverwertung von Autowracks und Altreifen bewährt.

Die im Abfallbeseitigungsgesetz getroffene Regelung, nach der Autowracks im wesentlichen als Wirtschaftsgut gelten und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten durch die Schrottwirtschaft beseitigt werden, hat

sich ebenfalls als sachgerecht und keineswegs "weltfremd" erwiesen. Für eine Politik mit Vernunft spricht auch ein weiterer Punkt der Umweltschutz-Zielvorstellungen und ihres praktischen Einsatzes: Die Gleichstellung ortsfester Anlagen zur Lagerung und Verwertung von Autowracks und Altreifen mit Abfallbeseitigungsanlagen sichert dank der behördlichen Einflußnahme auf Planung und Errichtung sowie die Überwachung solcher Anlagen optimal die Belange des Umweltschutzes.

Noch bestehende Schwierigkeiten, die sich im "wildem" Abstellen von Autowracks äußern, können laut Auskunft der Bundesregierung "durch organisatorische Maßnahmen und durch Intensivierung des Gesetzesvollzugs überwunden werden". Hier liegen die Entscheidungen, wenn auch teilweise unpopulärer Art, zweifellos bei den kommunalen Dienststellen. Die Gesetze dafür jedenfalls sind vorhanden.

Die konstanten Schrottpreise ermöglichen zur Zeit und voraussichtlich bis auf weiteres eine kostenlose Beseitigung für die Autofahrer und sicher auch für die Kommunen. Erfahrungsgemäß sind Arrangements mit Schrotthändlern für größere Aktionen und entsprechend hohe Abnahmen durchaus realisierbar. Das ist mit ein Grund, warum die Erhebung einer allgemeinen Abwrackgebühr von der Bundesregierung gegenwärtig für nicht erforderlich gehalten wird. Für den Fall, daß gleichwohl stark sinkende Schrottpreise die Beseitigungskosten nicht mehr decken, wird sich die Bundesregierung vorsorglich mit der Frage beschäftigen, wie einer solchen Situation zu begegnen ist.

Doch soweit dürfte es vorerst nicht kommen. Sozialdemokratische Umweltpolitik, bekanntermaßen besonders kommunalfreundlich, sichert den Vorsprung der Gemeinden auch auf diesem Gebiet. Der Straßenrand in diesen Kommunen ist sauber, die Gemarkung ebenso frei von Wracks und Altreifen. Die delegierte Bundeskompetenz für den Umweltschutz macht's möglich.

(-/ 16.7.1974/ks/pr)

+ + +

Miteinander reden muß man schon

Gewerkschaftliche Ostpolitik - nützlich oder sinnlos ?

Die Gewerkschaften setzen ihre Ostkontakte verstärkt fort. Nachdem im Laufe der Jahre viele "Spitzendelelegationen" der Gewerkschaftszentralen hin- und hergereist waren, kamen nun die Journalisten an die Reihe. Fünf Gewerkschaftsredakteure aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften bereisten unter Leitung des Mitglieds des geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, Günter Stephan, zehn Tage lang Polen und die Tschechoslowakei. Im Gegenzug werden Gewerkschaftsredakteure dieser Länder die Bundesrepublik besuchen.

Haben Kontaktbesuche solcher Art überhaupt einen Sinn? Haben sich die Gewerkschaften hüben und drüben überhaupt etwas zu sagen? Diese Fragen - oft gestellt - sind uneingeschränkt zu bejahen, wengleich sich auch im Kern die Systeme unterscheiden wie der Tag von der Nacht. Auf eine primitive Formel gebracht, ist es natürlich heute wie gestern so: In den sozialistischen Ländern sind die Gewerkschaften der Transmissionsriemen der Partei und haben für eine stramme Erfüllung der Produktionspläne mit zu sorgen und Mehrarbeit anzuregen - die westdeutschen Gewerkschaften fordern mehr Lohn bei kürzerer Arbeitszeit.

Trotzdem gibt es viel Gemeinsames: den Rechtsschutz, die sozialen Bemühungen, die Unfallverhütung, die Ferienbetreuung, die Bildungseinrichtungen - um nur dies zu nennen. In diesen Bereichen reden die Ost-Gewerkschaften ein starkes Wort mit. Und sie drängen auch auf Lohnerhöhungen mit wachsendem Erfolg. Da soll sich keiner täuschen.

Gewerkschaftliche Ostpolitik ist keine Verbrüderungspolitik. Streng genommen ist sie nicht mehr als eine flankierende Maßnahme zur Ostpolitik der Bundesregierung: Außenpolitik also. Es geht um die gute Nachbarschaft, um das friedliche Nebeneinander, um die Aussöhnung nach den wilden Jahren des Kalten Krieges. Auch bei dieser Kontaktreise hat keine Seite die andere politisch zu missionieren versucht. Besser verstehen will man sich. Die westdeutschen Gewerkschaftsredakteure waren geradezu verblüfft über die Herzlichkeit, mit der man ihnen begegnete. Willy Brandt hat das entscheidende Tor aufgestoßen. Bei den Gewerkschaften Polens und der CSSR steht er hoch im Kurs.

In den nächsten Tagen wird der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter mit einigen Vorstandsmitgliedern den Vorsitzenden des Zentralrats des polnischen Gewerkschaftsbunds, Kruozek, besuchen. Um die DDR macht Vetter dabei einen großen Bogen. Die Kontakte zwischen DGB und FDGB liegen vorerst auf Eis. Schuld daran ist nicht zuletzt - neben dem Fall des Kanzlerspions Guillaume - der Umstand, daß der DDR-Staatssicherheitsdienst auch dem DGB-Vorstand einen Agenten ins Nest gesetzt hatte: Wilhelm Gronau, 1972 enttarnt. Da ist noch kein Tauwetter in Sicht.

Klaus Jelonneck
(-/ 16.7.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller